

MEINUNG

Georg Thanscheidt
Der Vize-Chefredakteur zu den
Spekulationen über Röttgens Abgang
georg.thanscheidt@abendzeitung.de



Unzumutbar

Es ist eine Charakterfrage, die die Union gerade umtreibt. Die sie innerlich fast zerreißen zwischen ihren Kraftzentren in Berlin, Düsseldorf und München. Vordergründig geht es um die blitzschnelle Abschaltung des Bundesumweltministers Norbert Röttgen. Im Hintergrund geht es um die Frage, ob Kanzlerin Angela Merkel in Seehofers Beisein dem NRW-Spitzenkandidaten vor zwei Monaten wirklich erst einen unwürdigen Kuhhandel vorgeschlagen und Röttgen dann nach seiner Ablehnung eiskalt abserviert hat.

Fakt ist: Merkel und Seehofer haben Röttgen gedrängt, er solle im Falle einer Wahlniederlage als Oppositionschef nach Düsseldorf gehen. Strittig ist: Hat Merkel in ihrem Reichstags-Büro angedeutet oder gar angeboten, sie werde ihn dann schon irgendwie wieder nach Berlin zurückholen?

Hat sie ihn also im Beisein Seehofers, von dem die Initiative für dieses Treffen ausging, zur Täuschung der Wähler aufgefordert? Merks Vertraute halten das für undenkbar, was Röttgens Freundeskreis aber nicht davon abhält, genau das zu kolportieren. Vielleicht ist es auch das, was Norbert Blüm meint, wenn er die schnelle Ablösung Röttgens mit den Worten „Das ist nicht gut für eine christlich-demokratische Partei“ kommentiert.

Röttgen will CDU-Vize bleiben und 2013 wieder in den Bundestag. Deswegen wird er sich heute, am Tag seiner Ablösung, nicht zu den Hintergründen äußern. Die Wähler in NRW ließ er bis zum Schluss über seine Zukunftspläne im Unklaren – und der Union will er seine Wahrheit jetzt nicht zumuten.

Was wurde beim Treffen mit Merkel und Seehofer besprochen?

POLITIK kompakt

Kein Geld für Sicherungsverwahrte?

KARLSRUHE Baden-Württemberg will keine Entschädigung für vier nachträglich Sicherungsverwahrte wegen zu langer Haftzeit zahlen. Das Land hat Berufung beim Oberlandesgericht Karlsruhe eingelegt. Auf Entschädigung geklagt hatten vier Sexualstraftäter auf Basis eines Urteils des Europäischen Menschenrechts-Gerichtshof.

Neue Ämter für Daniela Schadt

BERLIN Die Lebensgefährtin von Bundespräsident Joachim Gauck wird Schirmherrin des UN-Kinderhilfswerks Unicef. Außerdem übernimmt Daniela Schadt die Schirmherrschaft für das Müttergenesungswerk.

Gabriel hat Zoff mit SPD-Frauen

BERLIN Beim Kongress der SPD-Frauen gab's Zoff mit Parteichef Sigmar Gabriel. Gabriel hatte sich über deren mangelnde Veränderungsbereitschaft beschwert und darüber, dass die SPD nicht für Frauen attraktiv sei. Auf die Replik, mit dem „Draufhau-Kurs“ eigne er sich nicht als Kanzlerkandidat, sagte er: „Ich will lieber nicht Kanzlerkandidat werden, als meine Emotionen zu verlieren.“

Neue Ärztin für Timoschenko

KIEW Die kranke ukrainische Oppositionelle Julia Timoschenko wird von einer neuen Ärztin aus Berlin behandelt. Gestern reiste Anett Reichhaußer in die Ukraine.

Monti lädt zu Vierertreffen

ROM Vor dem EU-Gipfel zur Eurokrise im Juni hat Italiens Premier Monti Kanzlerin Merkel und die Regierungschefs von Frankreich und Spanien eingeladen.

Abendzeitung IMPRESSUM

Gegründet von Werner Friedmann

Herausgeber: Anneliese Friedmann, Dr. Johannes Friedmann
Geschäftsführer: Dr. Dieter Schmitt
Chefredakteur: Arno Makowsky
Stellvertretender Chefredakteur: Georg Thanscheidt

Chef vom Dienst: Gerrit Faust, Dr. Annette Zoch (stellv.)
Chefreporter: Matthias Maus, Tina Angerer (Lokales)

Verantwortliche Redakteure:
Politik, Wirtschaft, Panorama: Georg Thanscheidt (komm.), Anja Timmermann (stellv.)

München/Bayern: Michael Schilling, Timo Lokoschat (stellv.), Thomas Müller (stellv.)
Kommunalpolitik: Willi Bock

Landespolitik: Angela Böhm
Kultur: Volker Isfort, Adrian Prechtel (stellv.)
Sport: Gunnar Jans, Jochen Schlosser (stellv.)
Layout: Susanna Schemberg

Anzeigenleiter: Horst Rettig (verantwortlich)
Vertriebsleiter: Michael Mair

Alle Rundfunkplätze 4, 80335 München
Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Gesetzes über die Presse vom 3. Oktober 1949.

Zurzeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 60 vom 1. Oktober 2011.
Tägliches Abonnement monatlich Euro 23,90, bei Postzustellung Euro 24,90.

Abbestellungen sind nur schriftlich mit einer Frist von 6 Wochen zum Quartalsende (bei Vorauszahlung zum Ende des verrechneten Bezugszeitraumes) möglich.

Abo-Service: 089/23 77-111
Fax: 089/23 77-276
Mail: abo@service-abendzeitung.de

Vertrieb: Fax: 089/23 77-274
E-Mail: vertrieb@az-muenchen.de

Druck: Süddeutsche Societäts-Druckerei GmbH, Lise-Meitner-Straße 7, 82216 Maisach-Germlinden. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt oder wegen vom Verlag unerschuldeter Arbeitskampfmassnahmen besteht kein Belieferungs- und Entschädigungsanspruch.

Anschrift Verlag und Redaktion: Verlag DIE ABENDZEITUNG GmbH & Co KG
Rundfunkplatz 4, 80335 München
chefredaktion@az-muenchen.de
Telefon 089/23 77-0

Anzeigen: Fax: 089/23 77-208
E-Mail: anzeigendispo@az-muenchen.de

Redaktion: Fax: 089/23 77-729
E-Mail: redaktion@az-muenchen.de
Altpapieranteil bis zu 90 %

Sensibler Raketenschirm

Was wird aus dem strategischen Gleichgewicht? Russland befürchtet eine Entwertung der eigenen Atomwaffen

CHICAGO Die Nato hat auf ihrem Gipfeltreffen in Chicago ein sensibles Großprojekt beschlossen: Der Raketenschirm in Europa nimmt den Betrieb auf, teilen die 28 Bündnisländer mit. Damit sollen Raketen aus feindlichen Staaten abgefangen werden. Doch das mehrstufige Projekt, dessen erste Phase nun startet, sorgt für politische Spannungen. Russland fühlt sich bedroht.

Wozu dient der Raketenschirm? Die Raketenabwehr der Nato soll ganz Europa vor möglichen Angriffen – auch atomar – etwa aus dem Iran schützen. Konkret geht es um Kurz- und Mittelstreckenraketen mit Reichweiten von bis zu 3000 Kilometern, die Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen als „reale Bedrohung“ bezeichnete. Insgesamt werde 30 Ländern zugetraut, solche Waffen einzusetzen. Geplant

Die Kommandozentrale ist am Stützpunkt Ramstein

ist ein teilweise mobiles Netz von Radaranlagen und Stellungen mit Abwehrraketen in Europa, um feindliche Raketen im Anflug zu zerstören.

Was bedeutet die erste Phase, die die Nato jetzt beschlossen hat? Es geht um die ersten Schritte, die so genannte „Anfangsbefähigung“ der Raketenabwehr. Die USA haben dazu Aegis-Kreuzer im Mittelmeer stationiert, Spanien hat die Marinebasis Rota bei Cádiz als Heimathafen der US-Schiffe bereitgestellt, in der südöstlichen Türkei ist eine hochmoderne Radaranlage aufgestellt worden. Auf dem Nato-Stützpunkt im rheinland-pfälzischen Ramstein ist die Kommandozentrale der Raketenabwehr entstanden. All das bedeutet eine erste, aber noch begrenzte Befähigung, Europa vor Raketenangriffen zu schützen. Die technische Ausstattung stellen derzeit vor allem die USA zur Verfügung.

Wie geht es weiter? In den ab 2015 geplanten Phasen 2 bis 4



Erstmals in der Nato-Geschichte verfügt das Militärbündnis über eine eigene Raketenabwehr. Foto: dapd

kommen Abschussbasen für bodengestützte Abfangraketen in Polen und Rumänien hinzu. Deutschland wird sich mit seinen Flugabwehrraketen vom Typ Patriot beteiligen, die die Bundeswehr schon seit 1989 im Betrieb hat. Sie können anfliegende Raketen in einer Entfernung von etwa 68 Kilometern abschießen, sind also nur zur Abwehr von Kurzstreckenraketen geeignet. Zudem werden niederländische Fregatten mit Frühwarnradargeräten in das System eingebaut.

Zwischen 2018 und 2020 sollen dann neue Abwehrrake-

ten erprobt werden, die auch Langstreckenraketen unschädlich machen können.

Worin liegt das Problem mit Russland? Russland lehnt die Raketenabwehrpläne ab, weil es fürchtet, damit könnten die eigenen strategischen Atomwaffen entwertet werden. Zu dieser militärischen Überlegung kommt nach Einschätzung des Münchner Politikologen Florian Baumann vom Centrum für Angewandte Politikforschung ein machtpolitischer Aspekt: „Russland demonstriert Selbstbewusstsein. Es geht um die Frage, ob die Nato

bereit ist, ihre Pläne gegen den Widerstand von Russland durchzusetzen.“ Warum die Nato nun in Chicago vorsehe? Man wolle wohl sehen, wie die Gegenseite, also Russland, nun reagiert.

Beobachter warnen schon lange, dass die Raketenabwehr zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Nato und Russland führen wird: Es drohe eine neue Eiszeit. So lässt sich auch die Gipfel-Absage von Staatspräsident Wladimir Putin deuten, der gestern in Moskau lieber seine neue Regierungsmannschaft präsentierte.

ERGEBNISSE

Taktische Waffen und Afghanistan

Weitere Ergebnisse des Nato-Gipfels:

● Taktische Atomwaffen: Die in Europa – auch in Deutschland – stationierten taktischen Atomwaffen der USA werden nicht einseitig abgezogen. Die Nato ist bereit, mit Russland über eine beiderseitige Abrüstung zu sprechen. Moskau nicht.

● Afghanistan: Die derzeit knapp 130 000 Mann starken Kampftruppen aus 50 Staaten sollen wie geplant bis Ende 2014 abgezogen werden. Danach sollen nur noch Ausbilder und Berater im Lande bleiben. Schon ab 2013 sollen die Afghanen die Kampfeinsätze führen.

● Smart Defence („Kluger Verteidigung“): Das steht für engere Rüstungszusammenarbeit angesichts knapper Kassen. Zu etwa 25 Projekten finden sich Nato-Mitglieder in unterschiedlichen Gruppen zusammen: Von gemeinsamer Nutzung von Munition, übers Beseitigen von Minen bis zu medizinischen Kapazitäten. Bestätigt wurden Projekte wie die Luftüberwachung im Baltikum oder die Bodenaufklärung durch unbemannte Flugzeuge.

Nato-Chef Rasmussen bemühte sich deswegen, die Wogen zu glätten: „Wir haben Russland zur Zusammenarbeit eingeladen. Und diese Einladung gilt immer noch.“ Er betonte, dass die Nato-Abwehr auf einzelne Raketen von „Schurkenstaaten“ ausgerichtet sei. Die Sorge vor einer Veränderung des strategischen Gleichgewichts, wie sie am Sonntag der russische Vize-Verteidigungsminister Anatoli Antonow vorbrachte, sei unbegründet. Zudem sei die Nato bereit, technische Informationen mit Russland auszutauschen und russischen Experten Zugang zu der Abwehr zu gewähren. Doch das ist Russland nicht genug: Es will einen völkerrechtlichen Vertrag mit der Nato, der eine Kontrolle des Systems ermöglicht.

Wie geht es weiter? Chicago 2012 jedenfalls brachte keine Annäherung. Größere Probleme drohen ab 2015. „Wenn Abfangraketen in Polen stationiert werden, ist für Russland ein wirklich kritischer Punkt erreicht“, so ein Nato-Diplomat laut Stern.de. **va**

Energischer Neuanfang

Heute geht Röttgen und Altmaier kommt. Der neue Minister ist gleich richtig gefordert

BERLIN Die Energiewende ist eine Riesenaustattung. Am Mittwoch steigt im Kanzleramt deshalb ein großer Energiegipfel zwischen Bund und Ländern. Doch deutlich mehr Energie haben die Koalitionäre zuletzt in die atmosphärische Schadensbegrenzung nach dem Rauswurf von Norbert Röttgen gesteckt.

Über die Umstände seiner Demontage auspacken zu wollen: Merkel habe ihm versichert, selbst im Falle einer Niederlage in NRW sei er als Minister unverzichtbar, ließ er zunächst verbreiten.

Unionsfraktionschef Volker Kauder versuchte, Röttgen von seinem Rundumschlag abzubringen: „In der Union kann

jeder seine Meinung sagen. Vor allem für uns, die wir Verantwortung tragen, muss aber gelten: Zuerst kommen das Land und die Menschen, dann erst die Partei und ganz zum Schluss komme ich.“

Ob der Appell Wirkung gezeigt hat? Röttgen ließ gestern jedenfalls über seinen

Zu viele wichtige Projekte liegen auf Eis

Sprecher ausrichten, er werde sich doch nicht äußern.

Heute wird Peter Altmaier zum neuen Bundesumweltminister ernannt. Seinen Job als Parlamentarischer Geschäftsführer macht ab sofort der Bundestagsabgeordnete Michael Grosse-Brömer. Das ist noch ein Dämpfer für die NRW-CDU: Der wichtige Strip-

penzieher-Job geht an einen Niedersachsen. Und der neue Umweltminister Altmaier ist Saarländer – damit verliert der Westverband in Berlin an Einfluss. Altmaier hat derweil praktisch keine Zeit für die Einarbeitung. Schon am Mittwoch geht's beim Energiegipfel ans Eingemachte.

Hauptproblem ist der Ausbau der Stromnetze. Es braucht dringend Entlastungsleitungen, die den Strom von den Windparks im Norden in Richtung Süden transportieren. Gebracht werden rund 1800 Kilometer neue Leitungen – aber fertig sind gerade mal 200 Kilometer. Weil es nicht genug Ersatzleitungen gibt, müssen Kraftwerke immer häufiger ihre Strom-Einspeisung drosseln, damit das Netz nicht überlastet.

Generell klagten Kraftwerksbetreiber, dass sie durch den Anstieg von Ökostrom immer häufiger ihre Leistung dross-



Peter Altmaier, bisher Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, wird heute zum neuen Umweltminister ernannt. dapd

seln müssen und deshalb immer schlechter planen können. Weil man eben vorher nicht genau weiß, wann und wie lange die Sonne scheint und wie viel Solarstrom täglich ins Netz eingespeist wird. Eon droht damit, bayerische Gaskraftwerke (die an windstillen, bedeckten Tagen im Winter einspringen) ganz stillzulegen – weil sich deren Betrieb ökonomisch immer weniger rentiert.

Auch Steuervorteile für die Gebäudesanierung liegen auf Eis, genauso gibt's Streit zwischen Bund und Ländern um die Solarförderung. Und die Opposition pocht auf eine Lösung in der Atom-Endlagerfrage.

Und Röttgen? Hält er wirklich still? Er will Parteivize bleiben. Und als erfahrener Vollblut-Politiker weiß er: Rache ist ein Gericht, das man am besten kalt serviert. **zo**